EIL-A5 Stellungnahme von Campusgrün zum Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	11.11.2017
Tagesordnungspunkt:	3.3. inhaltliche Anträge

Campusgrün begrüßt die Erstellung eines nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung. Entscheidend wird jetzt die Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit mit der die Ziele umgesetzt werden. Das heißt auch, dass die Bundesregierung nicht nur vorhandene Programme, wie das Haus der Kleinen Forscher unter diesem Thema präsentiert, sondern vor allem es als Querschnittsthema versteht und strukturelle Maßnahmen ergreift, die dem Gedanken "Vom Projekt zur Struktur" gerecht werden. Dort wo Projekte Strukturveränderungen anstoßen können, ist es wichtig klare Finanzierungs- und Förderzusagen zu treffen. Die Entwicklung von Förderrichtlinien und Hinweisen zum Thema Nachhaltige Entwicklung sind sicherlich sinnvoll, aber dürfen auf keine Fall, der ganze Teil der Commitments des BMBFs sein.

Der Campusgrün Bundesverband nimmt sich selbst unter anderem folgende Commitments vor:

- Lokale Gruppen sind jetzt bereits in Ökologie, Mobilitäts und Nachhaltigkeitsreferaten aktiv. Wir setzen uns dafür ein, dass (Bildung für) nachhaltige Entwicklung Studierendenvertretungsstrukturen bearbeitet wird und dort wo nicht vorhanden dafür zuständige Referate geschaffen werden. Der Bundesvorstand unterstützt die lokalen Gruppen dabei durch Vernetzungsangebote.

- Wir fordern lokal und bundesweit die Schaffung eines uniweit wählbaren interdisziplinären freien Bereichs in jedem Studiengangs ein sowie legen Konzepte dafür vor.

- Campusgrün thematisiert in Kooperationen mit anderen Hochschulgruppen, Verbänden, Initiativen das Thema (Bildung für) nachhaltige Entwicklung und steht im Austausch mit dazu aktiven Studierendengruppen.

Der Bundesvorstand wird beauftragt die Commitments nach einem Abgleich mit der Beschlusslage gegebenenfalls zu ergänzen und anschließend beim BMBF einzureichen.

Begründung

Inhaltliche Begründung erfolgt mündlich. Dringlichkeit liegt in der erst kürzlich veröffentlichten Stellungnahme der Bundesregierung und Zeit diese zu lesen begründet.